schlichten. Da diese Gegensätze nun aber auch nach dem Krieg fortbestehen werden, ja so drohend geblieben sein werden wie nur je zuvor, wird das Denken aller derer, die unter diesen Zuständen leiden — und das wird immer mehr die Ueberzahl des ganzen Volkes werden — sich dem einzigen Ausweg zuwenden, der noch bleibt, der Organisation der Kulturwelt, der Neuordnung der Gesellschaft durch Ueberführung derselben aus der Unmenschlichkeit des Kapitalismus in die menschliche Sphäre des Sozialismus. Wenn erst die Saat aufgegangen ist, die jetzt tränenschwer den Schlachtfeldern einer Welt eingesenkt wird, dann wird der blendende Schein des Imperialismus erlöschen. Die Ideologie des Nationalismus wird verfliegen vor der Idee des Sozialismus.

N. Riasanoff: Marx und Engels über den Deutsch-Französischen Krieg

I.

Als der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 ausbrach, lebte Engels noch in Manchester, und der Verkehr zwischen ihm und Marx beschränkte sich auf wenige Briefe. Sie datieren aus der Zeit vom 20. Juli bis 16. September 1870, also aus der Zeit der grössten Erfolge der deutschen Armee, und sie schliessen ab mit dem Sturz des zweiten Kaiserreiches und der Proklamierung der Republik in Frankreich. Der Briefwechsel kann uns somit nur Aufschlüsse über die erste Phase des Deutsch-Französischen Krieges geben.

Nach dem 16. September 1870 übersiedelte Engels nach London. Der briefliche Verkehr mit Marx wird durch den mündlichen ersetzt. Kann man noch in den Briefen vom 20. Juli bis zum 16. September die Differenzen, die sich zwischen beiden Freunden in der Auffassung der sich überstürzenden Ereignisse bemerkbar machen, konstatieren, so verschwindet diese Möglichkeit nach dem 16. September, weil wir von da an nur gemeinsame Aeusserungen besitzen oder Aeusserungen von Marx, in denen nur sehr schwer zu unterscheiden ist, was als persönlicher Beitrag von Engels zu betrachten sei, oder was von Marx allein herrührt, der bei aller Hochschätzung der Meinung von Engels noch auf andere Faktoren Rücksicht zu nehmen gezwungen war, die für Engels bis zum September 1870 überhaupt nicht existierten.

Man darf nicht vergessen — und obwohl die Tatsache bekannt ist, vergisst man sie sehr oft — dass Marx das einflussreichste Mitglied des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation war, dass es nicht der Delegierte einer „deutschen sozialdemokratischen Partei" im Generalrat war, sondern Sekretär des Generalrats für Deutschland, der sich bemühen musste, obwohl es ihm mitunter sehr schwer war, sich auf die Rolle des „Unparteiischen" auch in dem Kampf innerhalb der gesamten deutschen sozialdemokratischen Bewegung zu beschränken, dass es Marx war, der im Auftrage des Generalrats seine wichtigsten Aktenstücke verfasste und eo ipso dafür sorgen sollte, dass sie nicht einseitig die Interessen der einen nationalen Arbeiterbewegung den Interessen der anderen nationalen Arbeiterbewegung unterordneten. Dass dies Marx in solcher eminenter Weise gelungen ist, beweist nicht nur sein ausserordentliches „diplomatisches" Genie, sondern macht aus ihm den grössten Praktiker der internationalen Arbeiterbewegung, der himmelhoch über all den Praktikern steht, die ihren grossen Vorzug in ihrer nationalen Beschränktheit sehen und der primitivsten Theorie, der sogenannten „praktischen Erfahrung" erliegen.

In einer ganz anderen Lage befand sich Engels bis zum September 1870. Er konnte nicht nur in seinen Briefen an Marx, sondern auch in seinen Artikeln — um nur die Zeit zwischen 1864 und 1870 in Betracht zu ziehen — als ein deutscher Sozialdemokrat seine persönliche Meinung voll aussprechen. Noch im September 1870 erinnert ihn Marx daran: „Du musst nicht vergessen, dass der Generalrat nach allen Seiten has to deal with susceptibilities (mit Empfindlichkeiten zu tun hat) und daher nicht so schreiben kann, wie wir zwei es in unserem Namen könnten."

Erst im Oktober 1870 kommt Engels in dieselbe Lage wie Marx, obwohl noch lange Zeit vergeht, bis er sich mit seiner neuen Stellung vertraut macht. In der Sitzung des Generalrats vom 20. September 1870 wurde Engels von Marx, Eccarius und Lessner als Mitglied des Generalrats vorgeschlagen und in der Sitzung vom 4. Oktober einstimmig gewählt. Seit der Sitzung vom 11. Oktober wird Engels in der Präsenzliste des Generalrats genannt.

Fügen wir noch hinzu, dass der Deutsch-Französische Krieg einen Streit nicht nur in der deutschen Arbeiterbewegung, sondern auch in dem Generalrat der Internationale hervorrief, dass auch in Frankreich verschiedene Meinungen herrschten, dass ausserhalb Frankreichs und Deutschlands noch andere Länder in Europa existierten, dass in England, Belgien, in den romanischen Ländern, in der Schweiz ebenso eifrige Prussophobe wie Germanophile eine Agitation entwickelten, werden wir leicht verstehen, wie leicht es ist, zu völlig unbegründeten Schlüssen zu kommen, wenn man nicht nur Engels, sondern auch Marx eine oder andere Auffassung vindiziert, die nur einem Teil eines Teiles der deutschen Arbeiterbewegung eigen war.

Erst wenn wir alle diese Umstände berücksichtigen, können wir den Versuch machen, Marx und Engels Haltung während des Deutsch-Französischen Krieges an der Hand ihres Briefwechsels und anderer Dokumente darzustellen.

II.

Gewöhnlich schildert man die Sache so, als ob in dem Streit, der sich zu Anfang des Krieges zwischen dem Braunschweiger Ausschuss, der sozialdemokratischen Partei (Eisenacher Richtung) einerseits und Bebel und Liebknecht anderseits, entwickelte, Engels und Marx in der Hauptsache dem ersteren gegen die letzteren recht gaben. Diese Ansicht wiederholte noch unlängst Bernstein in der „Neuen Zeit“ [1].

Es genügt aber, diesen Streit in seinen Haupterscheinungen aufmerksam zu verfolgen und genau die Differenzpunkte zwischen den Braunschweigern einerseits und Liebknecht-Bebel anderseits festzustellen, um gleich einzusehen, dass es nicht nur für Marx, sondern auch für Engels ebenso unmöglich war, sich auf die Seite der Braunschweiger wie auf die von Liebknecht zu stellen. Wohlgemerkt, vor seiner und Bebels Erklärung im Reichstag. Man muss eben auch Liebknechts Haltung vor und nach dem 21. Juli (die historische Reichstagssitzung) unterscheiden, um zu verstehen, warum Bebel am 13. August den Braunschweigern schreiben konnte: „Marx hat sich auch für uns erklärt“.

Der Krieg ist von Frankreich an Preussen am 15. Juli erklärt worden. Gleich darauf erliessen die Braunschweiger (Bonhorst und Bracke) eine Einladung zu einer Volksversammlung.

„Bürger! Arbeiter! Das Unerhörte ist geschehen: der Napoleonide hat Preussen den Krieg erklärt. Schmach über ihn! — Das französische Volk, die französischen Arbeiter indes, erhaben über die schändlichen Gelüste ihres Unterdrückers, erheben sich gegen diesen Mann, der lange genug das eigene Volk und die Völker Europas ins Unglück stürzte. Sie ergreifen damit das einzige noch mögliche Mittel gegen den sonst unvermeidlichen unglückseligen Krieg! — Zeigen wir dem französischen Volk, dass wir nicht erfüllt sind von unglückseligem Nationalhass, sondern ergreifen wir die uns dargebotene Bruderhand, versichern wir den französischen Arbeitern, dass wir ihnen in ihrem Kampf zur Seite stehen! Nieder mit dem Napoleoniden! Nieder mit jedem, der den Völkern ihre Rechte, ihre Freiheiten, ihr Wohlsein nimmt!“

In demselben Sinn ist auch die Resolution der in der Turnhalle zu Braunschweig abgehaltenen Versammlung (am 16. Juli) gefasst. Sie spricht auch ihre Sympathie dem französischen Volk aus.

„Sie kann jedoch nicht umhin, auf einen gewichtigen Unterschied in der augenblicklichen Lage des französischen und deutschen Volkes hinzuweisen. Napoleon und die Majorität der sogenannten Vertreter des französischen Volkes sind die frivolen Friedensbrecher und Ruhestörer Europas; ihnen entgegenzutreten ist die erste Pflicht. Die deutsche Nation dagegen ist die beschimpfte, die angegriffene, daher muss, wenn auch mit dem lebhaftesten Bedauern, die Versammlung den Verteidigungskrieg als unvermeidliches Uebel anerkennen, fordert jedoch das gesamte

[1] Bernstein E., Karl Marx und Friedrich Engels in der zweiten Phase des Krieges von 1870/71 „Neue Zeit“ vom 23. Oktober 1914.

Volk auf, mit allen Mitteln dahin zu wirken, dass die Wiederkehr eines solchen sozialen Unglücks für alle Zeiten dadurch unmöglich gemacht werde, dass dem Volk selbst die Entscheidung über Krieg und Frieden wie überhaupt die vollste Selbstbestimmung wird." [1]

Konnten sich Marx und Engels mit dieser Auffassung, die auf jede Kritik von vornherein verzichtet, identifizieren?

Die Antwort gibt Marxens Brief an Engels vom 20. Juli 1870:

„Einliegend Brief von Kugelmann, der Dich bedeutend über die politischen Mysterien des gegenwärtigen Krieges aufklären wird. Er hat recht mit seiner Kritik des Aufrufes der Braunschweiger Versammlung, den ich beilege in some copies (in einigen Exemplaren)."

Und was antwortet Engels?

„Bravo, Kugelmann! Man sieht, der Mann hat seine Schule nicht umsonst durchgemacht. Die Hypothese ist ganz im Geiste der Aktoren und erklärt alles. Ist sie aber in der Tat richtig, so ist wenigstens dem Bismarck die Geschichte schon über den Kopf gewachsen. Es ist den Herren offenbar gelungen, in Deutschland einen vollständigen Nationalkrieg hervorzurufen. Die vielen Tâtonnements (Fühler) vonwegen deutscher Gebietsabtretung, Luxemburg u. s. w., wodurch Louis Bonaparte, wie üblich, das Publikum schon vorher an das bevorstehende Fait accompli gewöhnen wollte, haben beim deutschen Michel ganz umgekehrt gewirkt. Er ist offenbar diesmal ganz mit sich einig darüber, dass diesem Schwindel ein- für allemal ein Ende gemacht werden muss. Demgegenüber, und auch den beiden Armeen und dem alten, eigensinnigen Wilhelm gegenüber, ist kein Scheinkrieg möglich, on ira au fond." (Der Brief vom 22. Juli 1870.)

Also beide Freunde stehen schon von Anfang an keineswegs auf dem Standpunkt der Braunschweiger. Sie vermuten, dass im Spiele noch andere „Aktoren" beteiligt sind, die mit dem Völkerfrieden ebenso frivol spielen wie der „Napoleonide", die den Krieg nicht minder wie er wollten.

Sie waren aber ebensowenig mit der Haltung, die Liebknecht im „Volksstaat" eingenommen hatte, einverstanden. Aus Bebels Memoiren ist uns jetzt bekannt, dass auch er, der von Grund aus andere Wege ging als die Braunschweiger, mit Liebknecht nichts weniger als einverstanden war:

„Liebknecht hatte die Ansicht, Napoleon wolle den Krieg, Bismarck habe aber nicht den Mut, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. So schrieb er am 13. Juli im „Volksstaat": „Das Frankreich des Bonaparte hat dem Preussen des Bismarck die Kriegsfrage gestellt, und wenn letzteres sich nicht zu einem schimpflichen Rückzug entschliesst, ist der Krieg unvermeidlich." Am 16. Juli schrieb er: „Der Mutige weicht zurück — vor dem Stärkeren. Die Hohenzollerndiktatur ist gegenüber der drohenden Haltung Bonapartes zurückgezogen worden; es bleibt Friede, und der grossmächtige Norddeutsche Bund, der Deutschland Achtung im Ausland verschaffen sollte, hat mit derselben Demut wie weiland in der Luxemburger Affäre vor dem französischen Kaiserreich die Segel gestrichen."

„Ich (schreibt Bebel weiter) vertrat den entgegengesetzten Standpunkt. Wohl habe Napoleon den Krieg erklärt, aber er sei nach meinem Gefühl in eine Falle getappt, die Bismarck ihm gestellt; letzterer wolle den Krieg, und er habe sein Ziel erreicht. Ich war über die Auffassung des „Volksstaat" im höchsten Grade erregt, es kam zu lebhaften Erörterungen zwischen Liebknecht und mir, und erst auf eine Intervention Geibs kam es zu einer Verständigung zwischen uns. Vom 20. Juli ab vertrat der „Volksstaat" eine Auffassung, die auch ich durchaus teilte."

Man kann bezweifeln, ob diese Darstellung in allen Details ganz genau ist. Wie es oft Memoirenschreibern geschieht, hat Bebel eine Ansicht, zu der er später gekommen ist, in eine frühere Zeit projiziert. Wäre er wirklich schon am 19. Juli der Ansicht gewesen, dass Napoleon nur „in eine Falle getappt, die Bismarck ihm gestellt", hätte er seine Erklärung im Reichstag anders redigiert [2].

Wenden wir uns an den „Volksstaat" und lesen wir beide Artikel, insbesondere den in der Nummer vom 16. Juli durch, so wird uns die Aufregung von Bebel klar.

[1] Der Volksstaat, 20. Juli 1870.

[2] Sagt er doch selbst an einer anderen Stelle, wo er sich noch nach vierzig Jahren zu seiner damaligen Haltung bekennt: „Ich bekenne, dass ich unsere damalige Haltung in keiner Weise bedaure und dass, wenn wir bei Ausbruch des Krieges bereits gewusst hätten, was wir im Laufe der nächsten Jahre auf Grund amtlicher und ausseramtlicher Veröffentlichungen kennen lernten, unsere Haltung vom ersten Augenblick an eine noch schroffere gewesen sein würde. Wir hätten uns nicht, wie es geschah, bei der ersten Geldforderung für den Krieg der Abstimmung enthalten, wir hätten direkt gegen dieselbe stimmen müssen." Seine und Liebknechts Enthüllungen in Sachen der Emser Depesche beginnen erst im Jahre 1873.

Geblendet durch seinen Hass gegen Bismarck und sein Werk, den Norddeutschen Bund, schildert Liebknecht die Situation so, als ob „Preussen nur in eine von Bonaparte gestellte Falle gegangen" sei, was ihm die Möglichkeit gibt, über das schmähliche Fiasko der ganzen Bismarckschen Politik zu sprechen.

„Und die Moral? Die Politik des Grosspreussentums ist gerichtet, der Nordbund ist bankerott, und soll nicht Deutschland der verachtete Spielball des Auslands bleiben, so muss das Werk von 1861 „rückgängig gemacht" und eine demokratische Basis geschaffen werden, auf der allein die Einigung sämtlicher deutschen Stämme zu bewerkstelligen ist."

Die ganze Argumentation, die Schilderung des „isolierten Preussens, ohne Bundesgenossen, mit Millionen „Untertanen", die sehnsüchtig den Moment erwarten, wo sie das verhasste Joch abschütteln können", das daher nicht imstande sei, sich zu wehren und die „französische Herausforderung" nicht anzunehmen wagt, klingt nicht nur heute seltsam. An dem Tage, an dem dieser Artikel erschienen ist, war schon der Krieg eine vollendete Tatsache und die „französische Herausforderung" angenommen!

Es ist dieser Artikel, der Marx in seinem Briefe an Engels bemerken lässt: „Hat Wilhelm in Verkehrtheit sich nicht selbst übertroffen im letzten Volksstaat?"

Und was schrieb Liebknecht in der nächsten Nummer, in der Nummer vom 20. Juli, von der Bebel seine vollständige Uebereinstimmung mit Liebknecht datiert:

„Also Krieg! Fern sei von uns, durch sentimentale Phrasen über die Schrecknisse des Krieges an die Gefühle der Leser zu appellieren. Fluch, dreimal Fluch den Verbrechern, die dieses Unheil über Europa verhängt! Fluch, dreimal Fluch den Zuständen, die das Verbrechen ermöglicht haben! Was jetzt vor allem not tut, ist eine richtige Beurteilung der Dinge, ein unerschütterliches Festhalten der Tatsachen. — Die französische Demokratie, namentlich das französische Proletariat, hat laut und energisch gegen den Krieg protestiert. Bonaparte will durch Demütigung Preussens seinen schwankenden Thron befestigen, der sozial-republikanischen Bewegung in Frankreich ein „inneres Sadowa" bereiten. — Der Dezemberthron ist der Eckstein des reaktionären Europa. Fällt Bonaparte, so fällt der Hauptträger der modernen Klassen- und Säbelherrschaft. Siegt Bonaparte, so ist mit der französischen die europäische Demokratie besiegt. — Die französische Demokratie ist sich ihrer Stellung zu Bonaparte so klar bewusst, dass ihr dessen Niederlage das Signal zu einer Revolution, zur Erstürmung der Republik sein wird. Aus diesen Tatsachen ergibt sich: Unser Interesse erheischt die Vernichtung Bonapartes. Unser Interesse steht in Harmonie mit dem Interesse des französischen Volkes."

Vergleicht man diese Erklärung mit der Aeusserung der Braunschweiger, so wird man gleich zugeben, dass die Schuld des „Napoleoniden" in ihr noch schärfer hervorgehoben wird. Der Differenzpunkt kommt erst in dem anderen Teil der Liebknechtschen Ausführungen, die auch die Schuld der anderen „Aktoren" hervorheben.

„Zur Schöpfung des Jahres 1866 bleibt unsere Stellung unverrückt dieselbe, die sie immer war. Wir verlieren nicht aus den Augen, dass der Krieg von 1870 die notwendige Frucht des Krieges von 1866 ist. Wir verlieren nicht aus den Augen, dass Bismarck und Bonaparte 1866 Verbündete waren und dass Bonaparte Preussen heute nicht hätte angreifen können, wenn Deutschland damals nicht von Preussen zerrissen worden wäre. Wir verwahren uns auf das entschiedenste dagegen, dass dieser Krieg ein deutscher genannt werde. Dank dem Jahre 1866 kann nur ein Teil Deutschlands in den Kampf eintreten, und es ist nicht einmal gewiss, ob nicht wiederum wie 1866 Deutsche gegen Deutsche kämpfen werden. Aber jetzt gilt es die Beseitigung Bonapartes. Erst die Abrechnung mit dem französischen Staatsstreich, dann mit dem deutschen.

Und noch eins! Was auch immer die nächste Zukunft uns bringen möge — inmitten des Waffengetöses und der brandenden Leidenschaften wollen wir keinen Moment des hehren Wahlspruchs der internationalen Arbeiterassoziation vergessen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Also im Unterschied von den Braunschweigern, die nur die französische Regierung verantwortlich machten, wies Liebknecht nach, dass auch andere „Aktoren" schuld seien. In dieser Beziehung war jetzt Bebel mit ihm vollständig einverstanden.

Jetzt aber kam zwischen ihnen ein neuer Differenzpunkt hinzu: was für eine Taktik ist in der bevorstehenden Reichstagssitzung zu beobachten?

„Liebknecht war der Ansicht, wir müssten die Geldforderung strikt ablehnen, da beide Teile am Krieg schuld seien und wir für keinen Teil Partei ergreifen dürften. Ich erklärte dieses für einen Fehler. Nach Lage der Sache könnten wir allerdings für keinen der streitenden Teile Partei ergreifen. Dieser Eindruck würde aber gerade dann, und zwar zugunsten Napoleons, hervorgerufen, wenn wir gegen die Anleihe stimmten; es blieb uns kein anderer Weg, als uns der Abstimmung zu enthalten. Schliesslich ersuchte mich Liebknecht, den Entwurf einer Erklärung auszu-

arbeiten und am nächsten Tage mit nach Berlin zu bringen. Dies geschah. Nach einigen kleinen Aenderungen stimmte Liebknecht meinem Entwurf zu, auch sollte ich die Erklärung im Reichstag abgeben."

Vergleicht man diese Erklärung mit dem oben zitierten Artikel im „Volksstaat", so sieht man gleich, dass Bebel in gedrängter Fassung den Gedankengang, den Liebknecht entwickelte, wiederholte. Ihm allein gehören die Worte, in denen er die Begründung der Stimmenthaltung gab: „Ebensowenig können wir die geforderten Geldmittel verweigern; denn es könnte dies als Billigung der frevelhaften und verbrecherischen Politik Bonapartes aufgefasst werden." Bebel hoffte, dass dieser Passus die Braunschweiger, die nur in dem „Napoleoniden" den „frivolen Friedensbrecher und Ruhestörer Europas" sahen, befriedigen wird.

Er hat aber die Braunschweiger, gegen deren „deutschen Chauvinismus" schon einige Organisationen Protest erhoben, nicht befriedigt. Die Erklärung von Bebel und Liebknecht „erregte viel böses Blut", und gleich darauf, am 24. Juli, erliess der Braunschweiger Ausschuss, also der Parteivorstand, ein Manifest, worin er seinen abweichenden Standpunkt formulierte.

Zunächst wird darauf hingewiesen, dass man mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens verteidigen helfen muss, eine Forderung, die auch von Bebel und Liebknecht nicht minder energisch vertreten worden ist.

„Auch das Streben des deutschen Volkes nach Erringung der nationalen Einigkeit ist berechtigt; haben sich die Deutschen bei der augenblicklichen gemeinsamen Gefahr wie ein Mann zusammengeschart, so wird der gemeinsame Kampf das Band fester und fester schliessen und vielleicht ersteht aus den grossen Wirren von heute zu unserer aller Freude in nächster Zukunft der deutsche Staat. Unsere Aufgabe ist es, bei der Geburt dieses, so hoffen wir, ganz Deutschland umfassenden Staates bestimmend mitzuwirken, damit, wenn es möglich ist, nicht der dynastische Staat, sondern der sozialdemokratische Volksstaat ins Dasein tritt; unsere Aufgabe ist es — mag der gewordene neue Staat bei der Geburt noch dynastische Färbung tragen — ihm in ernstem, schwerem Kampf den Stempel unserer Ideen aufzudrücken!"

Wir brauchen nicht daran zu erinnern, dass auch für Bebel und Liebknecht „das Streben des deutschen Volkes nach Erringung der nationalen Einigkeit berechtigt" war. Es ist die Frage, welche Mittel, welche Methode dabei zu befolgen sei, die die Braunschweiger von Liebknecht und Bebel trennte. Es war schwer zu erwarten, dass die letzteren solche Hoffnungen auf die Fortsetzung derselben Politik, die zum 1866er Krieg führte, legen werden, wie die Braunschweiger, die in ihren Erwartungen noch weiter gingen.

„Ist in Napoleon unser gefährlichster Gegner besiegt, so wird das französische Volk freier aufatmen und dann haben auch wir die Machthaber in unserem Vaterland daran zu erinnern, was dem Volk von Gottes und Rechtes wegen gebührt und was zu fordern die unendlichen Opfer und Qualen des Krieges es doppelt und dreifach berechtigen."

Die „Praktiker" sind immer die grössten Utopisten.

Wie dem auch sei, bleibt es ein Rätsel, wie man behaupten kann, dass in dem Streit, der zwischen den Braunschweigern und Liebknecht-Bebel nach dem 21. Juli entbrannte, Marx und Engels in der Hauptsache den ersteren gegen die letzteren recht gaben. Zum Glück haben wir noch andere Dokumente, in denen Marx' Meinung dargestellt ist, darunter auch ein Dokument, das beinahe an demselben Tag abgefasst worden ist wie das Manifest der Braunschweiger.

III.

In dem Brief an Engels, den wir oben zitierten, teilt ihm Marx auch mit: „der Generalrat hat mich gestern mit Aufsetzen von Adresse beauftragt".

Es war am 19. Juli. Marx las die Adresse der Pariser Sektion der Internationale gegen den Krieg vor. Als ein Mitglied des Generalrats vorschlug, dass Marx eine Adresse gegen den Krieg abfassen soll, antwortete er, dass früher die Mitglieder ihre Meinungen austauschen sollen. Ausserdem kann der Generalrat nicht eine solche Adresse wie die Pariser erlassen: sie muss international sein. Nach einer Aussprache wurde Marx beauftragt, die Adresse zu entwerfen und mit der Genehmigung des Subkomitees

zu veröffentlichen. Das geschah noch vor der nächsten Sitzung. Die Adresse ist vom 23. Juli 1870 datiert[1].

Sie beginnt mit einem Zitat aus der Inauguraladresse, in dem jede „auswärtige Politik, welche, mit nationalen Vorurteilen spielend, frevelhafte Pläne befolgt und in räuberischen Kriegen des Volkes Blut und Schätze vergeudet" verurteilt wird und die von der Internationalen Arbeiterassoziation erstrebte auswärtige Politik als eine Politik definiert, die „die einfachen Gesetze der Moral und Gerechtigkeit, welche die Beziehungen der Privatpersonen regeln sollten, als oberste Norm für den Verkehr der Nation geltend macht".

Dann folgt ein Anklageakt gegen Bonaparte, der „seine Gewalt durch Ausbeutung des Klassenkampfes in Frankreich usurpierte und durch periodische Kriege nach aussen behauptete" und der daher die Internationale von Anfang an als einen gefährlichen Feind behandelte. Besonders heftig verfolgte er die Internationale, als sie proklamierte: Für das Plebiszit stimmen, heisst stimmen für Despotismus im Innern und für Krieg nach aussen! Die Adresse schildert weiter die Friedensaktion der französischen Sektionen und schliesst die Anklage gegen Bonaparte mit folgender Prophezeiung:

„Welcher Verlauf auch immer der Krieg Louis Bonapartes mit Preussen nehme, die Totenglocke des zweiten Kaiserreiches hat bereits in Paris geläutet. Es wird enden, wie es begann, mit einer Parodie. Aber lasst uns nicht vergessen, dass es die Regierungen und herrschenden Klassen Europas sind, die Bonaparte befähigten, 18 Jahre lang die infame Farce des wiederhergestellten Empire zu stellen."

Nach Frankreich folgt Deutschland:

„Auf deutscher Seite ist der Krieg ein Verteidigungskrieg. Aber wer versetzte Deutschland in die Lage, sich verteidigen zu müssen? Wer rief in Louis Bonaparte die Versuchung eines Angriffs auf Deutschland wach? P r e u s s e n. Hatte Bismarck nicht mit eben diesem selben Louis Bonaparte konspiriert, um die populäre Opposition zu Hause niederzuschlagen und Deutschland an die Dynastie der Hohenzollern zu annexieren? Wenn die Schlacht von Sadowa verloren, statt gewonnen worden, hätten französische Bataillone Deutschland überrannt als Preussens Alliierte. Nach dem Sieg träumte Preussen einen Augenblick davon, einem geknechteten Frankreich ein freies Deutschland entgegenzustellen! Ganz im Gegenteil. Während es sorgfältig alle eingeborenen Schönheiten seines alten Regimes erhielt, pfropfte es ihm zugleich alle Charaktere des zweiten Kaiserreiches auf, seinen wirklichen Despotismus und seinen Pseudodemokratismus, seine politischen Kniffe und seine finanziellen Schwindel, seine hohlklingende Phrase und seine niedrige Taschenspielerkunst. Das bonapartistische Regiment, das bis dahin nur auf dem einen Ufer des Rheins geblüht, hatte jetzt auf dem anderen sein Konterfei erhalten. Was anders konnte aus einem solchen Zustand hervorgehen als K r i e g? W e n n die deutschen Arbeiter es erlauben, dass der gegenwärtige Krieg seinen streng defensiven Charakter verliert und in einen Krieg gegen das französische Volk ausartet, wird Sieg oder Niederlage sich gleich verhängnisvoll erweisen. Alles Elend, welches Deutschland nach den Unabhängigkeitskriegen erlitt, würde mit verdoppelter Heftigkeit wieder einsetzen. Aber die Prinzipien der Internationalen Arbeiterassoziation sind unter den deutschen Arbeitern zu weit verbreitet und zu tief gewurzelt, um ein so trauriges Ergebnis zu befürchten. Die Stimme der französischen Arbeiter hat widergehallt in Deutschland."

Es folgt die Schilderung der Protestaktion der deutschen Arbeiter gegen den Krieg, Marx zitiert auch die Braunschweiger Resolution, aber nur in dem allgemeinen Teil. Alle Stellen, die in ihr Bebel und Liebknecht sowie verschiedene Organisationen bemängelten, sind weggelassen.

Die Adresse warnt weiter vor Russland:

„Im Hintergrund des gegenwärtigen selbstmörderischen Kampfes lauert die düstere Gestalt Russlands. Es ist ein verhängnisvolles Zeichen, dass das Signal dieses Krieges gerade im Augenblick gegeben war, wo die moskowitische Regierung ihre strategischen Eisenbahnlinien vollendet hatte und schon Truppen in der Richtung des Pruth zusammenzuziehen begann."

Die Adresse schliesst mit der Hoffnung, dass, welche Wendung auch dieser Krieg nehmen mag, die Allianz der Arbeiter aller Länder schliesslich den Krieg töten wird.

Wem gibt diese Adresse recht? Den Braunschweigern oder Bebel und Liebknecht? Die Antwort ist klar.

War vielleicht Engels mit dieser Adresse nicht einverstanden? Umgekehrt. Dies beweist sein Schreiben an Marx am 31. Juli 1870:

„Die Adresse wird dem Populus aller Klassen lehren, dass jetzt nur noch die Arbeiter eine w i r k l i c h e Foreign policy (auswärtige Politik) haben. Sie ist sehr gut und die „Times" hat sie

[1] Als Quelle dienen uns die schriftlichen Protokolle des Generalrates.

sicher nur wegen der Russen nicht genommen. Die Regierungen wie die Bourgeoisie werden sich ungeheuer wundern, wenn nach dem Krieg die Arbeiter ihre unterbrochene Aktion ruhig wieder aufnehmen, als wäre gar nichts vorgefallen."

Und am 29. Juli schreibt Marx an Liebknecht[1]:

„Einliegend Abschrift des Manifestes des Generalrats aus der «Pall Mall Gazette» vom 28. Juli.

Sei so gut, in Deiner Uebersetzung im «Volksstaat» zu bemerken, dass Dir das Manifest englisch zugekommen ist. Unsere sonstigen Korrespondenten werden daraus sehen, dass wir keine Zeit hatten, Ihnen Uebersetzungen zu schicken.

Letzten Dienstag übersetzte ich ins Englische dem General Council den Reichstagsprotest von Dir und Bebel. Er wurde mit grossem Beifall aufgenommen."

Die Adresse ist im „Volksstaat" am 7. August 1870 veröffentlicht worden. Aber mit einer Auslassung, zu der die Redaktion bemerkt: „Die hier folgende, Preussen und die Politik des Grafen Bismarck betreffende Stelle ist jetzt unabdruckbar."

Wir verstehen jetzt, warum Bebel triumphierend am 13. August den Braunschweigern schrieb: „Marx hat sich auch für uns erklärt".

Es heisst aber nicht, dass Marx in allem Liebknecht und Bebel recht gab. Nur in der Hauptsache.

IV.

Dass Marx und Engels, obwohl beide entschiedene Gegner jedes Kompromisses mit den bestehenden Gewalten und ebenfalls auch Gegner der von dem Führer der Lassalleaner, J. B. v. Schweitzer, befolgten grosspreussischen oder „Bismarckschen" Politik, den Standpunkt Liebknechts mit seiner „Hinneigung zum süddeutschen Partikularismus" und rein negativem Verhalten zu der nach 1866 geschaffenen politischen Situation (Norddeutscher Bund) nicht teilten, ist nach der Veröffentlichung ihres Briefwechsels eine feststehende Tatsache.

Es ist daher selbstverständlich, dass sie auch jetzt, wenn sie sich für die oppositionelle Haltung Liebknechts erklärten, das, was sie seine „Prinzipienreiterei" nannten, ablehnten[2]. Aber noch entschiedener lehnten sie das ab, was Bebel, als den „nationalen Paroxismus" der Braunschweiger bezeichnet.

Der Streit zwischen beiden Richtungen erreichte seinen Höhepunkt nach dem Erscheinen des Aufrufes der Braunschweiger. Bei den letzteren spielte die ausschlaggebende Rolle die Furcht, dass, wenn die Partei sich der nationalen Bewegung entgegenstemmen werde, ihr der Tod drohe.

„Ich dächte — schrieb Bracke am 29. Juli 1870 an Geib — wenn unsere Partei Einfluss behalten und gewinnen will, hätte sie sich niemals in den Schmollwinkel zurückzuziehen, sondern stets jede Tagesfrage in ihrem Sinne zu behandeln und in die Hand zu nehmen. Kein Augenblick war günstiger als der jetzige. Mit unserer ganzen Eigentümlichkeit die nationale Seite des Krieges aufgegriffen, hätte uns die Herzen erobert, die Herzen des Volkes. Bebel und Liebknecht haben sie uns entfremdet."

Da Liebknecht und Bebel auch weiter ihre Agitation und den „Volksstaat" im Sinne ihrer Erklärung leiteten, wuchs die Erbitterung der Braunschweiger noch stärker. Sie entschlossen sich daher, an Marx, als den Sekretär des Generalrats, zu appellieren. Beriefen sich doch Bebel und Liebknecht auf ihn, um ihr Verhalten im Reichstag zu rechtfertigen.

Leider fehlen uns vorläufig die Briefe des Ausschusses an Marx, und ohne diese sind wir nicht imstande, die Anklagen, die die Braunschweiger gegen Liebknecht und Bebel richteten, in ihrem Wortlaut kennen zu lernen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Bracke und Bonhorst ihre Differenzen mit Liebknecht und Bebel in ihrem ganzen Umfang darstellten, als Leute, die aufrichtig überzeugt waren, dass sie mit „Sachsen" zu tun haben, die „ihres Partikularismus wegen die internationale, fernliegende Idee weit lieber haben, als die naheliegende, ihnen aber von 1866 her ihres schwarzweissen Gewandes wegen widerlich gewordene nationale".

Einen indirekten Aufschluss gibt uns der Briefwechsel zwischen Marx und Engels. Aus dem Briefe des ersteren vom 13. August 1870 erfahren wir, dass er Engels eine

[1] Bis jetzt unveröffentlicht.

[2] Genosse Bernstein sagt: „So brauchen zum Beispiel Marx und Engels mit Bezug auf die motivierte Enthaltung von Bebel und Liebknecht bei der Abstimmung über die erste Kriegsanleihe den Ausdruck Prinzipienreiterei". Leider ist er den Beweis schuldig geblieben.

„Masse Zeug" schickte, das „ich nach Durchlesung mit Deinem notierten Gutachten zurück haben muss". Marx wünschte, bevor er den Braunschweigern antwortet, die Meinung von Engels zu wissen.

Dass Engels auch jetzt nicht den Braunschweigern „in der Hauptsache" zustimmt, beweist schon der Anfang des Briefes (15. August 1870):

„Inwieweit der Bracke sich persönlich in nationale Begeisterung hat fortreissen lassen, weiss ich nicht, und da ich in vierzehn Tagen höchstens eine Nummer vom „Volksstaat" erhalte, kann ich auch den Ausschuss in dieser Beziehung nicht beurteilen, ausser nach Bonhorsts Brief an Wilhelm, der im ganzen kühl ist, aber theoretische Unsicherheit verrät. Dagegen sticht Liebknechts bornierte Sicherheit der Prinzipienreiterei allerdings in bekannter Weise vorteilhaft ab."

Weiter folgt die Begründung seiner persönlichen Ansicht:

„Mir scheint der Kasus so zu liegen: Deutschland ist durch Badinguet in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingeritten[1]. Unterliegt es gegen Badinguet, so ist der Bonapartismus auf Jahre gefestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen, kaput. Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr, der Kampf um Herstellung der nationalen Existenz absorbiert dann alles, und bestenfalls geraten die deutschen Arbeiter ins Schlepptau der französischen. Siegt Deutschland, so ist der französische Bonapartismus jedenfalls kaput, der ewige Krakeel wegen Herstellung der deutschen Einheit endlich beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich auf ganz anderem nationalen Masstab als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regierung dort folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus. Die ganze Masse des deutschen Volkes aller Klassen hat eingesehen, dass es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt und ist darum sofort eingesprungen. Dass eine deutsche politische Partei unter diesen Umständen à la Wilhelm die totale Obstruktion predigen und allerhand Nebenrücksichten über die Hauptrücksicht setzen (kann), scheint mir unmöglich.

Dazu kommt, dass der Badinguet diesen Krieg nicht hätte führen können ohne den Chauvinismus der Masse der französischen Bevölkerung, der Bourgeois, Kleinbürger, Bauern und des von Bonaparte in den grossen Städten geschaffenen imperialistischen, Hausmannschen, aus den Bauern hervorgegangenen Bauproletariats. Solange dieser Chauvinismus nicht auf den Kopf gehauen, und das gehörig, ist Friede zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich. Man konnte erwarten, dass eine proletarische Revolution diese Arbeit übernehmen würde; seitdem aber der Krieg da, bleibt den Deutschen nichts übrig, als dies selbst und sofort zu tun.

„Dass — und jetzt kommen die Nebenrücksichten — dieser Krieg von Lehmann, Bismarck u. Co. kommandiert wird und ihnen zur augenblicklichen Glorie dienen muss, falls sie ihn glücklich durchführen, das verdanken wir der Misere der deutschen Bourgeoisie; es ist allerdings sehr eklig, aber nicht zu ändern. Darum aber den Antibismarckismus zum alleinleitenden Prinzip erheben, wäre absurd. Erstens tut Bismarck jetzt, wie 1866, immer ein Stück von unserer Arbeit, in seiner Weise und ohne es zu wollen, aber er tut's doch. Er schafft uns reineren Bord als vorher und dann sind wir nicht mehr Anno 1815. Die Süddeutschen treten jetzt notwendig in den Reichstag ein und damit erwächst dem Preussentum ein Gegengewicht. Dazu die nationalen Pflichten, die ihm gefallen und die, wie Du schon schriebst, die russische Allianz von vornherein verbieten. Ueberhaupt, à la Liebknecht, die ganze Geschichte seit 1866 rückgängig machen zu wollen, weil sie ihm nicht gefällt, ist Blödsinn. Aber wir kennen ja unsere Mustersüddeutschen.

Ich meine, die Leute können:

1. sich der nationalen Bewegung anschliessen — wie stark sie ist, siehst Du aus Kugelmanns Brief — soweit und solange sie sich auf die Verteidigung Deutschlands beschränkt (was die Offensive bis zum Frieden unter Umständen nicht ausschliesst);
2. den Unterschied zwischen den deutschnationalen Interessen und den dynastisch-preussischen dabei betonen;
3. jeder Annexation von Elsass und Lothringen entgegenwirken — Bismarck lässt die Absicht durchblicken, diese an Bayern und Baden zu annektieren;
4. sobald in Paris eine republikanische, nicht chauvinistische Regierung am Ruder, auf ehrenvollen Frieden mit ihr hinwirken;
5. die Einheit der Interessen der deutschen und französischen Arbeiter, die den Krieg nicht gebilligt und die sich auch nicht bekriegen, fortwährend hervorheben;
6. Russland wie in der internationalen Adresse.

[1] „In der Tat taucht die Kandidatur Leopolds im Juli 1870 abermals auf und führt sofort zum Krieg, so sehr auch Louis Napoleon sich dagegen sträubte. Er sah nicht nur, dass er in eine Falle gegangen war. Er wusste auch, dass es sich um sein Kaisertum handelte, und hatte wenig Vertrauen in die Wahrhaftigkeit seiner bonapartistischen Schwefelbande, die ihm versicherte, alles sei bereit bis auf den letzten Gamaschenknopf, und noch weniger Vertrauen in ihre militärische und administrative Tüchtigkeit. Aber die logischen Konsequenzen seiner eigenen Vergangenheit trieben ihn ins Verderben, sein Zaudern selbst beschleunigte seinen Untergang." Engels F., Gewalt und Oekonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches. „Neue Zeit", XIV. Jahrgang, Band I, Seite 744.

Amüsant ist bei Wilhelm die Behauptung, weil Bismarck ein ehemaliger Spiessgeselle des Badinguet, sei der wahre Standpunkt, sich neutral zu halten. Wenn das die allgemeine Meinung in Deutschland, hätten wir bald wieder den Rheinbund, und der edle Wilhelm sollte einmal sehen, was er in dem für eine Rolle spielte und wo die Arbeiterbewegung bliebe. Ein Volk, das immer nur Hiebe bekommt und Tritte, ist allerdings das wahre, um eine soziale Revolution zu machen, und dazu in Wilhelms geliebten Kleinstaaten!

Wilhelm hat offenbar auf Sieg des Bonaparte gerechnet, bloss damit sein Bismarck dabei draufgehe. Du erinnerst Dich, wie er ihm immer mit den Franzosen drohte. Du bist natürlich auch auf Wilhelms Seite!"

Schon der Schluss zeigt, dass nicht alles in diesem Briefe genau nach dem Buchstaben zu nehmen sei. Dass Marx nicht auf den Sieg des Bonaparte gerechnet hat, wusste doch Engels nicht nur aus der ersten Adresse des Generalrats, sondern auch aus den Briefen von Marx an ihn. Schrieb ihm doch der letztere schon am 20. Juli — durch den Chauvinismus der französischen Republikaner verärgert, die, wie der alte Delescluze im „Reveil", die kaiserliche Regierung zu einem Volkskrieg aufforderten:

„Das Blatt aber auch interessant wegen des Leitartikels des alten Delescluze. Obgleich er der Regierung opponiert, der vollste Ausdruck des Chauvinismus, car la France est le seul Pays de l'idée (nämlich der Idee, die es von sich selbst hat). Diese republikanischen Chauvinisten ärgern sich nur darüber, dass der reelle Ausdruck ihres Idols — Louis Bonaparte mit der langen Nase und der Börsenschneiderei — nicht ihrer Fancy-Vorstellung entspricht. Die Franzosen brauchen Prügel. Siegen die Preussen, so die Zentralisation der state power nützlich der Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse. Das deutsche Uebergewicht wird ferner den Schwerpunkt der westeuropäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegen und man hat bloss die Bewegung von 1866 bis jetzt in beiden Ländern zu vergleichen, um zu sehen, dass die deutsche Arbeiterklasse theoretisch und organisatorisch der französischen überlegen ist. Ihr Uebergewicht auf dem Welttheater über die französische wäre zugleich das Uebergewicht unserer Theorie über die Proudhons u. s. w."

Ebensowenig rechnete Liebknecht auf den Sieg des Bonaparte. Er befürchtete ihn. Und auch das nur vor dem 20. Juli. Lesen wir, was Liebknecht in der Nummer vom 27. Juli schreibt:

„An einen ungünstigen militärischen Ausgang des Krieges denkt man wohl kaum mehr, seitdem sich herausgestellt hat, dass trotz des Jahres 1866 Südwestdeutschland zu Preussen steht und die österreichische Regierung nicht gesonnen scheint, für Bonaparte Partei zu ergreifen. Aber gerade hierin liegt die ärgste Verurteilung der 1866er Politik."

Und wie dachte Liebknecht über Preussens Sieg? An demselben 27. Juli schreibt er:

„Die vielfach ausgesprochene Befürchtung, der Sieg Preussens werde das Junkertum und den Militarismus so stärken, dass selbst der Einfluss einer französischen Republik machtlos abprallen werde, scheint uns durchaus nicht stichhaltig, und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist Preussen ausserstande, ohne die aktive Unterstützung Südwestdeutschlands und die zum mindesten passive Unterstützung Oesterreichs mit Bonaparte fertig zu werden. Der Sieg wird also kein spezifisch preussischer sein und auch in dem für Preussen denkbar günstigsten Fall wird es nicht den Süden Deutschlands zu unterwerfen vermögen. Zweitens erheischt der Krieg gegen Frankreich so kolossale Anstrengungen, dass die Regierung nur von einem zufriedenen Volk die nötigen Opfer wird erlangen können und deshalb, vielleicht schon während des Krieges, zu bedeutenden politischen Konzessionen gezwungen sein wird. Gefährlich für die Freiheit der Völker sind nur kurze siegreiche Feldzüge wie der französische von 1859 und der preussische von 1866: der durch das stehende Heer leicht errungene „Erfolg" berauscht das Volk, lenkt es ab von seinen staatlichen und gesellschaftlichen Reformzielen und söhnt es aus mit dem glänzenden Elend der Knechtschaft und mit der ruhmvollen Schmach des Militarismus. Aber Kriege, die dem Volk für längere Zeit die furchtbarsten Kraftanstrengungen auferlegen, die bloss durch die Entfesselung der geistigen und sittlichen Mächte zu einem siegreichen Ende zu führen sind, können die freiheitliche Entwicklung nicht hemmen. Im Gegenteil."

Diese eine Probe genügt, um zu zeigen, wie schlecht Engels über Liebknechts Haltung informiert war. Nehmen wir alle sechs Thesen, in denen seine Meinung resumiert ist, durch, so kann man sagen, dass Liebknecht und Bebel sie alle rückhaltlos seit dem 20. Juli vertreten haben. Dagegen haben die Braunschweiger in allen ihren Aeusserungen gegen die erste und die zweite gehandelt. Bleibt noch Liebknechts „Prinzipienreiterei" in der alten antipreussischen Politik. Aber auch diese kommt während dieser Zeit mehr in einer schonungslosen Kritik aller ihrer Stiebereien zum Vorschein als in der doktrinären Forderung, die „ganze Geschichte seit 1866 rückgängig zu machen". Dass auch Marx in dieser Beziehung nicht minder „antibismarckisch" war als

Liebknecht, zeigen seine Briefe und die erste Adresse. Wollte er die gemeinsame Adresse der Deutschen und Franzosen in London gegen den Krieg nicht unterschreiben, bis der defensive Charakter des Krieges auf seiten der Deutschen angedeutet wie in der Adresse des Generalrats, so fügte er doch hinzu: ich sage nicht Preussen, also wieder derselbe Gedanke wie in der Adresse.

Leider ist uns das ausführliche Antwortschreiben von Marx an den Braunschweiger Ausschuss nur nach ein paar Zitaten aus ihm bekannt. Wir wissen, dass Marx diese Gelegenheit ergriff, um seinen abweichenden Standpunkt darzustellen und „die schöne «Identität» mit mir, worin unser Wilhelm sich, sobald es seinen Zwecken dient, anderen vorstellt, ein für allemal zu beseitigen".

Aber als dieses Antwortschreiben an seine Adresse gelangte, kam schon der Tag von Sedan. Es gab den „eigentlichen Impuls" zu dem berühmten Manifest der Braunschweiger Ausschusses, das am 11. September erschien und als erste Folge die Verhaftung der Braunschweiger hatte. Es forderte einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik und protestierte in entschiedenster Weise gegen alle Annexionsgelüste.

Die Begründung dieser Forderungen entnahm der Verfasser (Bracke) dem Antwortschreiben von Marx. Es ist die berühmte Stelle, wo Marx die geniale Prognose der Geschichte, wie sie notwendig verlaufen wird, wenn Elsass-Lothringen in ein westliches Polen verwandelt wird, entwickelt. Aber auch ein anderes Zitat bringt uns der Verfasser, das direkt gegen Liebknecht gerichtet ist.

„Der jetzige Krieg eröffnet dadurch eine neue weltgeschichtliche Epoche, dass Deutschland bewiesen hat, dass es selbst mit Ausschluss von Deutschösterreich fähig ist, unabhängig vom Ausland, seine eigenen Wege zu gehen. Dass es zunächst seine Einheit in der preussischen Kaserne findet, ist eine Strafe, die es reichlich verdient hat. Aber ein Resultat ist selbst so unmittelbar gewonnen. Die kleinlichen Lumpereien, wie zum Beispiel der Konflikt zwischen nationalliberalen Norddeutschen und volksparteilichen Süddeutschen, werden nicht länger nutzlos im Wege stehen. Die Verhältnisse werden sich auf grossem Massstab entwickeln und vereinfachen."

Hätte Bracke in Marx' Brief eine Stelle gefunden, die die Haltung von Liebknecht und Bebel im Reichstag verurteilte oder das Verhalten der Braunschweiger in der „nationalen Frage" billigte, hätte er sie in den Anfangszeilen zitiert, wo er den Standpunkt der Braunschweiger verteidigt. Dass Bracke selbst sehr bald eingesehen hatte, dass „in der Hauptfrage" Liebknecht und Bebel recht behielten, gibt er schon im Jahre 1872 zu:

„Später erst sahen wir ein, dass der Sturz Napoleons nur die Bedeutung hatte eines Rollentausches auf seiten der Gegner wahrhaft demokratischer Entwicklung; später erst sahen wir ein, dass es mindestens doch sehr fraglich ist, ob der Krieg damals auf deutscher oder auf französischer Seite am liebsten gesehen wurde."

Man lese den Brief von Marx an Engels vom 28. Juli 1870, wo er schreibt:

„Das Singen der ‚Marseillaise' in Frankreich Parodie, wie das ganze zweite Kaiserreich... In Preussen dagegen sind solche Faxen nicht nötig. ‚Jesus, meine Zuversicht!' gesungen von Wilhelm I., Bismarck zur Rechten und Stieber zur Linken, ist die deutsche Marseillaise! Wie 1812 u. s. w. Der deutsche Philister scheint förmlich entzückt, dass er seiner eingebornen Servilität jetzt ungeniert Luft machen kann. Wer hätte es für möglich halten sollen, dass 22 Jahre nach 1848 ein Nationalkrieg in Deutschland solchen theoretischen Ausdruck besitzen würde.

Glücklicherweise geht diese ganze Demonstration von der Mittelklasse aus. Die Arbeiterklasse, mit Ausnahme der direkten Anhänger Schweitzers, nimmt keinen Teil daran. Glücklicherweise ist der war of classes (Klassenkampf) in beiden Ländern, Frankreich und Deutschland, so weit entwickelt, dass kein Krieg abroad (auswärtiger Krieg) das Rad der Geschichte ernsthaft rückwälzen kann."

Aus diesem Brief ersieht man gleich, warum Liebknecht und Bebel keine Lust hatten, „ihren Stempel aufzudrücken", einer Methode, auf die sie keinen Einfluss haben konnten und die ihnen verhasst war. Und dass Marx ihre Haltung in dieser Beziehung billigte, bewies wiederum die zweite Adresse des Generalrats.

In seiner Sitzung vom 6. September wurde die Kriegsfrage, angesichts der seit dem 4. September neugeschaffenen Lage, wieder auf die Tagesordnung gestellt. Marx hielt in der Diskussion eine grosse Rede, die in den Protokollen in folgender Weise resumiert ist:

„Er kann nicht mit dem Bürger Boon übereinstimmen. Boon glaubt, dass es das deutsche Volk ist, das die Provinzen (Elsass-Lothringen) braucht. Es sind aber nur die Hofpartei, die Aristokratie und die Bourgeoisie. Was die Deutschen brauchen, ist eine Garantie gegen Preussen, das das Militärregiment aus Frankreich nach Deutschland transportieren wird. Die Franzosen werden durch die Revolution wieder aufleben und die Deutschen das werden, was früher die Franzosen waren. Die Männer der Bourgeoisie sind keine Helden, es gibt aber eine Gelegenheit, Geld zu machen und sie fordern die Annexion. Es gab in Deutschland keine Arbeiterversammlung zugunsten der Annexion, aber die Professoren, die Kaufleute und die Wirtshauspolitiker des Südens sind alle für die Annexion. — Die englische Presse war schlimmer als die deutsche. Sie behauptete, dass die Deutschen eine friedliche Rasse seien, sie vergass aber, dass die Deutschen zerstückelten Polen, unterdrückten Ungarn und Italien. Die Arbeiterklasse ist nicht stark genug, um die Annexion zu vereiteln, sie kann aber eine Opposition gegen ihre Herrscher einleiten. Wir sagten in unserer ersten Adresse, dass die Totenglocke des zweiten Kaiserreichs hat geläutet und dass es enden wird mit einer Parodie, die schon aufgeführt wurde. Wir haben auch vorhergesehen, dass der Krieg kann seinen defensiven Charakter verlieren, und sagten den Deutschen, dass, wenn sie das zulassen werden, wird Sieg oder Niederlage sich gleich verhängnisvoll erweisen. Wir müssen daher nur darauf bestehen, was wir schon gesagt haben, und die deutsche Arbeiterklasse auffordern, sich in acht vor der preussischen Regierung zu nehmen, die jetzt einen anderen Ton anschlägt. Die Annexion wird den Anlass geben, dass das ganze Europa sich rüsten wird, Frankreich und Russland sich zu neuem Kriege, um für den jetzigen Rache zu nehmen, bereiten."

Die beschlossene Adresse ist wiederum von Marx verfasst. Sie ist im Sinne seiner Rede im Generalrat gehalten und in dem Teil, der Deutschland betrifft, nichts weniger als „national."

Mit der Proklamierung der Republik beginnt eine neue Phase des Krieges. Entgegen den optimistischen Erwartungen von Engels, der, wie während des amerikanischen Bürgerkrieges und des 1866er Krieges, sich zu stark durch rein militärisch-technische Erwägungen leiten liess, nahm der Krieg einen anderen Charakter an. Auch seine optimistische Hoffnung, dass „einer Republik gegenüber sich die Preussen zu einem im ganzen ehrenhaften Frieden" verstehen, erwies sich ebenso unbegründet wie die Hoffnungen der Braunschweiger. Dass sein anderer Wunsch, dass „beide Länder sich gegenseitig den Beweis ihrer Unbesiegbarkeit liefern", sich nicht erfüllte, dafür sorgte die französische Bourgeoisie.

Die Haltung von Marx und Engels in der neuen Phase des Deutsch-Französischen Krieges, ihre gemeinsame Arbeit im Generalrat zugunsten der französischen Republik und der Kommune werden wir in einem anderen Artikel darstellen.

Bücherschau

Die Sozialdemokratie und der Krieg

Die sozialistische Literatur, die der Krieg hervorgebracht hat, behandelt zwei Probleme. Einerseits wird versucht, die Ursachen und die Ziele des welthistorischen Völkerkampfes zu durchschauen, anderseits ist die Sozialdemokratie selbst das Objekt der Untersuchung. Selbstverständlich kann das zweite Problem nicht ganz unabhängig von dem ersten erfasst werden. Die Beurteilung der Stellung der Sozialdemokratie wird verschieden sein je nach dem, ob man historisch-materialistisch die Bedeutung des Imperialismus erkennt oder in naiver Weise die Völker in gute und schlechte teilt und als Quelle des Krieges annimmt, dass der „böse Nachbar" dem eigenen Volk „das schlichte, einfache Leben" missgönnt. Die Tatsachen des Imperialismus sind im „Kampf" in so ausführlichen Artikeln dargelegt worden, dass wir uns begnügen können, die andere sozialistische Literatur einfach anzuführen.

Der erste Versuch, den gegenwärtigen Krieg als „Aufruhr der Produktionskräfte, die den Kapitalismus erzeugten, gegen ihre national staatliche Ausbeutungsform" darzustellen, ist die Broschüre „Der Krieg und die Internationale" des russischen Genossen N. Trotzky. (Kommissionsverlag der Grütlibuchhandlung, Zürich, 50 Centimes.) Ein weiterer Versuch in dieser Richtung stammt von den Hamburger Genossen Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim, betitelt „Imperialismus und Demokratie" (Hamburg, Verlag Laufenberg, 30 Pf.). In starker Anlehnung an die bürgerlich-imperialistische Tendenzliteratur behandelt Paul Lensch in seiner Broschüre „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg" (Berlin, Buchhandlung Vorwärts, 1 Mk.), insbesondere den englischen Imperialismus. Einen eigenen Standpunkt hat er bezüglich Russlands. Er behauptet nicht nur, „dass der Ruf: Nieder mit dem Zarismus! den reaktionären Kreisen Russlands gar nicht so unsympathisch ist, soweit er nämlich — im Ausland, besonders in Deutschland ausgestossen wird", sondern er geht sogar so weit zu behaupten, dass der Zarismus ein so starkes Interesse an der Störung der wirtschaftlichen